



POSTULAT

Urheber	neo - Die sozialliberale Mitte, durch Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen, Philipp Loretan, Flavio Schmid und Martin Kalbermatter
Gegenstand	Schaffung eines Klima-, Unwetter- und Umweltfonds
Datum	11/06/2025
Nummer	2025.06.255

Die Walliser Bevölkerung hat das kantonale Klimagesetz mit seinem vorgesehenen Klimafonds abgelehnt. Dieser hätte Gemeinden bei Schutzprojekten unterstützt und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gemacht. Angesichts der zunehmenden Extremwetterereignisse prüfen die Dienststellen des DMRU die Einrichtung eines Naturgefahrenfonds, um das Management dieser Risiken zu verbessern. Weitere Fonds-Ideen befinden sich im Stadium der Prüfung.

Obschon die Klima- und Naturgefahrenforschung die durch den Klimawandel eintretende Häufung von Naturkatastrophen und -ereignissen nicht nur vorausgesagt, sondern in den vergangenen Jahren auch lückenlos dokumentiert hat, war nicht vor auszusehen, wie stark die verbundenen Prozesse das Kantonsbudget binnen weniger Jahre belasten würden. Allein durch die Unwetter vom Sommer 2024 sind im DMRU ausserordentliche Aufwände in der Höhe von 141.8 Mio. Franken angefallen, die im Wesentlichen dringlichen Instandsetzungsarbeiten (Wasserläufe, kantonales Strassennetz, land- und forstwirtschaftliche Infrastrukturen) dienten. Die bisherigen Schadensereignisse des angebrochenen Jahres lassen es bereits erahnen: die entsprechenden Auslagen werden nochmals ansteigen.

Die Bewältigung der Auswirkungen von Überschwemmungen, Steinschlägen, Murgängen, Starkniederschlägen, Dürreperioden, aber auch Frost usw. tangieren nicht nur das DMRU, sondern departementsübergreifend die Finanzen verschiedener Dienststellen. Im Jahresbericht 2024 des DMRU wird festgehalten, dass bereits die Schäden und finanziellen Auswirkungen der 2024 eingetretenen Ereignisse die Budgets der Dienststellen für Naturgefahren und Mobilität, die ohnehin stark unter Druck stehen, über mehrere Jahre hinweg belasten werden. 2025 wird sich dieser Prozess verschärfen, es wird sogar das temporäre Aushebeln der Ausgaben- und Schuldenbremse angekündigt. Auch wenn allenfalls eine kürzere Ruheperiode eintreten wird, kann nicht geleugnet werden, dass die Politik nun handeln und den Klimawandel und seine im Berggebiet massiven Konsequenzen anerkennen und auf finanzieller Ebene griffige Massnahmen in die Wege leiten muss.

Der Kanton verfügt derzeit über eine Reserve von 200 Millionen Franken. Allerdings gestaltet sich der Zugang zu diesen Finanzmitteln als komplex, was im Ernstfall die schnelle Hilfe erschwert. Ein speziell eingerichteter Fonds für Naturgefahren würde zwar nicht nur die Planung und Reaktion auf Krisen erleichtern, sondern auch die finanzielle Grundlage verbessern, um präventive Massnahmen zu ergreifen und die Bevölkerung effizient zu schützen. Die Herausforderungen des Klimawandels gehen jedoch über Naturkatastrophen hinaus: Sie betreffen auch Waldbrände, Frostperioden, landwirtschaftliche Ernteaussfälle, Wassermangel sowie gesundheitliche Risiken durch Hitze und Umweltverschmutzung.

In diesem Sinne ist es verfehlt, einen Fonds wie den Naturgefahrenfonds zu schaffen, der einen verengten Bereich fokussiert, weil im Grunde alle an die klimatischen Prozesse gekoppelten Phänomene abgedeckt werden sollten. Es muss ein umfassendes Finanzinstrument geschaffen werden, das alle klimabezogenen Phänomene umfasst - von der Kontaminierung des Trinkwassers bis hin zur Anpassung der Landwirtschaft an veränderte Klimabedingungen. Ein solcher «Klima-, Unwetter- und Umweltfonds» könnte das gesamte Spektrum der Herausforderungen abdecken und somit die Handlungsfähigkeit des Kantons deutlich stärken. Ohne eine entsprechende finanzielle Absicherung droht den kantonalen Finanzen eine bedrohliche Schieflage, die wiederum die Fähigkeit einschränken würde, wichtige Dienstleistungen für die Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Schlussfolgerung

Der Walliser Staatsrat wird aufgefordert, auch auf finanzieller Ebene, ein umfassendes Klima-, Unwetter- und Umweltfinanzierungssystem zu entwickeln, das alle klimabezogenen Risiken und Umweltprobleme abdeckt, um die Resilienz des Kantons nachhaltig zu stärken und die finanzielle Handlungsfähigkeit bei zukünftigen Krisen sicherzustellen. Einführungszeitpunkt und Dotierung sollen zwecks Schaffung von hinreichend Handlungsspielraum von der Regierung definiert werden.